

Dielem vorläufigen Entwurf etwas zurückgestellt werden, aber über all diesen Wünschen steht, glaube ich, bei allen Teilen dieses hohen Hauses, die Liebe zum gesamten Vaterlande. Mehr noch als im Glück heißt es jetzt im Schmerz und Leid für uns alle „Deutschland über alles“ (Beifall).

Da keine Vormeldungen vorlagen, war die erste Beratung geschlossen.
Nächste Sitzung Montag nachmittag 3 Uhr: Zweite Beratung des Verfassungsentwurfes.
Schluß nach 4 Uhr.

Verlegung der Nationalversammlung nach Berlin. Laut „Vorwärts“ geht die Nachricht der „Vossischen Zeitung“, daß die Nationalversammlung nach Berlin in Berlin tagen werde, zu weit. Der Antrag der Unabhängigen auf sofortige Verlegung sei aussichtslos. Dagegen wünschten viele Abgeordnete infolge der großen Unbequemlichkeiten zu beraten, ob zu einem späteren Zeitpunkt die Verlegung nach Berlin möglich sei. Die Regierung habe noch keine Stellung dazu genommen.

Die provisorische Verfassung. Zwischen den Parteien in Weimar wurde eine Einigung dahingehend erzielt, daß aus der provisorischen Verfassung alle jene Bestimmungen herauszuheben seien, die der Befestigung der endgültigen Verfassung irgendwie vorzuziehen könnten.

Kusschüsse der Nationalversammlung. In der Nationalversammlung sind sieben Ausschüsse gebildet worden: 1. Haushaltsausschuß (28 Mitglieder), 2. Wahlprüfungsausschuß (14 Mitglieder), 3. Geschäftsordnungsausschuß (21 Mitglieder), 4. Wirtschaftsausschuß (25 Mitglieder), 5. sozialer Ausschuß (28 Mitglieder), 6. Rechnungsprüfungsausschuß (14 Mitglieder), 7. Petitionsausschuß (28 Mitglieder).

Bur Sage.

Die Lieferung von Lebensmitteln an Deutschland. Aus Berlin wird gemeldet: Das Abkommen mit dem Vertreter der alliierten Regierungen über die Lieferung von Lebensmitteln an Deutschland ist am 8. Februar in Spa nach dreitägigen Verhandlungen unterzeichnet worden. In den Verhandlungen, die deutscherseits der Unterstaatssekretär von Braun von Reichsernährungsamt leitete, haben außerdem Vertreter aller beteiligten Reichsteile, Vertrauensmänner des Handels und der Marine teilgenommen. Der wesentliche Inhalt des Abkommens, das sich an die in Trier getroffenen Vereinbarungen anschließt, ist folgender: Der Oberste Ernährungsrat der Alliierten wird Vorleser treffen, daß sofort rund 30 000 Tonnen Schweinefleisch und Schmalz und 250 000 Äpfel tonnenweise nach Deutschland geliefert werden. Die Bezahlung dieser Mengen ist deutscherseits durch Gold und fremde Devisen sicherzustellen. In unmittelbarem Anschluß an diese Lieferungen sollen die Alliierten in Aussicht nehmen, 200 000 Tonnen Weizen und Weizenmehl und weitere 35 000 Tonnen Schweinefleisch und Schmalz zu liefern, wenn eine befriedigende Regelung der Finanzfrage bei den am 12. Februar beginnenden Verhandlungen der Finanzkommission gefunden wird. Die Vertreter der Alliierten haben sich bereit erklärt, den Wunsch der deutschen Regierung für die weitere Versorgung Deutschlands bis zur neuen Ernte in Erwägung zu ziehen, und zwar gleichfalls unter der Voraussetzung, daß eine befriedigende finanzielle Abmachung getroffen wird. Als Bedarf sei von der deutschen Vertretung für die Monate März bis August einschließlich angegeben worden: 400 000 Tonnen Weizen, 100 000 Tonnen Getreide und Mehl für jeden Monat, ferner eine Million Tonnen Mais oder andere Futtermittel für den ganzen Zeitraum. Die Erfüllung des ganzen Abkommens ist von der Ausführung der alliierten Regierungen ausdrücklich abhängig gemacht worden von der Annahme und von der Ausführung der Bedingungen, die sie betreffend der Abgabe der Danbelschiffe auferlegt haben und noch weiter auferlegen wollen. Daraus ergibt sich, daß selbst bei Annahme der Bedingungen eine Sicherheit für den regelmäßigen Eingang der von uns verlangten Lebensmittelkommission nicht besteht. Die deutsche Lebensmittelkommission.

Regierungstruppen in Bremerhaven und Erfurt. In der Nacht zum Sonntag sind die Regierungstruppen in Erfurt angelangt. In der Stadt ist nach wie vor alles ruhig. — Die Besetzung von Bremerhaven ist kampflos in der Nacht vom 8 zum 9. Februar durch die 2. Landeshauptstadtbrigade erfolgt worden.

Die Streikbewegung in England. Lord George ist für einige Wochen nach England zurückgekehrt und wird in Paris von Miller und Valfour vertreten werden. Die in Glasgow erzielte Verabreichung der Arbeiterschaft, die mit Gewaltmitteln erreicht wurde, wird nur als vorübergehend betrachtet. In London liegt die Entscheidung beim Verband der Elektrizitätsarbeiter, der immer noch mit Streik droht. Als besonders kritischer Tag wird der 12. Februar betrachtet.

Wilson wird Frankreich am 13. Februar verlassen und voraussichtlich erst in der dritten Märzwoche nach Paris zurückkehren.

Die Freiwilligen-Anwerbung. Nach Erklärungen des Kriegsdienstverweigerers, die er in Weimar vor Mitgliedern aller Parteien abgab, wird man bei der Bildung eines wirksamen Ausschusses nicht mit der freiwilligen Anwerbung auskommen, sondern zu einer allerdings örtlich und zahlenmäßig beschränkten Aushebung schreiten müssen.

Die Stellung der Sowjetregierung hat dadurch eine starke Vertiefung erfahren, daß die Bolschewisten im Gegensatz zu den anderen russischen Parteien die Einladung nach den Prinzipen-Inseln angenommen haben.

Die Bildung eines Reichsoldatenrats abgelehnt. Der Oberkommandierende Roste und der Kriegsdienstverweigerer Reimhardt haben den Antrag der Berliner Konferenz der Soldatenräte aller Armeekorps auf Bildung eines Reichsoldatenrats abgelehnt.

Eine englische Stimme gegen Ebert. „Daily Chronicle“ schreibt zu Eberts Eröffnungsrede auf der Deutschen Nationalversammlung, daß Ebert und seine Kollegen anders sprechen müßten, wenn die Staatsmänner der Entente die Hilfe leisten sollten, welche von ihnen verlangt wird. Man müßte daran denken, daß Deutschland nach der größten Misserfolg, die je eine Nation gegen die Menschheit begangen habe, vor dem Richterstuhl steht. Jetzt will es ein neues Recht aufschlagen. Das sei schön und gut, aber dann sei es Aufgabe seiner Führer, bedingungslos neue über das begangene aufzusprechen und sich nicht nutzlosen Gegenseitigkeiten gegen Wüter und Regierungen hinzugeben, die das Recht und die Freiheit in der Welt für deren Vernichtung die deutsche Regierung ihr Bestes getan habe, gerettet haben. Ebert protestiert dagegen, daß die alliierten Mächte bei ihrer Auffassung vom Frieden Handluch an den Tag legten. Ein Politiker, der nichts getan habe, um die Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest zu verhindern, müßte ja ein gutes Urteil über Handluch haben, aber niemand wolle tatsächlich einen Schatz herausgeben, dessen Bestand mit der Freiheit seiner Nachbarn und der Zukunft derjenigen unter den Alliierten, die am meisten darnach trachten, mit einem neuerevolten Deutschland die Rechnung abzuschießen, vereinbar sei.

Die Sozialisierungskommission dankt ab! Wie glaubhaft verläutet, hat die Sozialisierungskommission ihre Mandate der Regierung zur Verfügung gestellt.

„In die Arbeiter aller Länder.“ In der Sitzung des internationalen Gewerkschaftskongresses in Bern am Sonnabend wurde mit der Begründung der aus 3 Teilen bestehenden Vorlage der Kommission für intern.

Arbeiterkassenspende begonnen. Jounburg verlangte die Aufnahme der Forderungen des Kongresses in den Friedensvertrag. Sodann verlas er die von der Kommission einmütig beschlossene Proklamation an die Arbeiter aller Länder, in der es u. a. heißt: „Die in Bern am 3. Februar und den folgenden Tagen vereinigte Gewerkschafts-Internationale stellt folgende Grundzüge auf: Das neue Gesetz stellt die Arbeit von ihrem sozialen und rechtlichen Mangel zu befreien, um der Arbeiterwelt ihre Rechte auf Leben und Entwicklung zu geben. Die Nationen der Erde sollen alle Arbeiter, um sich wieder aufzubauen, und werden vieles aufwenden, um die Arbeit würdiger und fruchtbarer zu gestalten. Der Wohlstand ist von der Tendenz der Beteiligung, die einem allgemeinen Zweck dient, und nicht von derjenigen, die der Befriedigung egoistischer Interessen dient, wie sie der Gesellschaft Gemeinnützigkeit ist, abhängig. Die Gewerkschafts-Internationale erklärt, daß die menschliche Arbeit nicht ein Ware sein soll, sondern daß sie die edelste Funktion der modernen Gesellschaft ist. In dieser Erwägung erstreben die Arbeiter die Beseitigung der Lohnarbeit, ebenso die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, jenes Uebelrestes einer Auffassung, die durch die Entwicklung der Menschheit überholt ist. Ferner soll die Leitung und Verteilung der Produktion in die Hand der produktiven Klassen gelegt werden. Gegenwärtig ist die Arbeiterschaft dafür, daß die Kulturmenschen eine rationelle Verteilung der Produktion bestimme, indem die Bedürfnisse und die Leistungsfähigkeit der menschlichen Arbeit in Übereinstimmung gebracht werden. Sie fordert die Beseitigung der Mißverhältnisse, welche die kapitalistische und politische Herrschaft aus der Vorkriegszeit fast durchweg beherrschten. Mit einem Worte, sie verlangt die nationale und internationale Organisation der Arbeiter durchgeführte Bemerkung der individuellen Leistung in der für die gemeinsamen Bedürfnisse der Menschheit erforderlichen Verwendung gestaltet. Die Gewerkschaftskonferenz stellt fest, daß die unterbrochene Wirksamkeit der internationalen Arbeiterkassenspende nur durch die Schaffung eines internationalen Arbeiteramtes als Bestandteil der Weltfriedensorganisation gesichert werden kann.“

Dranghafte Drohung. Aus Zürich wird gemeldet: Nach einer Zürcher Meldung hat sich die ganze Lage dadurch total verändert, daß Deutschland sich aufrafft und die Entente vor einer entscheidenden Wendung steht. Die Abreise Wilsons und Orlando ist verschoben worden. Es wurde ein Friedensdelegierter an der Seite der Militärkommission für den Waffenstillstand bestimmt. Wilson empfiehlt einen Mittelweg zwischen der Wiederaufnahme der militärischen Operationen und dem wirtschaftlichen Druck.

Eine neue Sicherung in Berlin. Am Sonnabendnachmittag kam es in Berlin in der Gegend der Weinmeister- und der Neuen Schönhauser Straße zu einem Kampf zwischen Regierungstruppen und wilden Händlern aus Anlaß der Durchsuchung der Häuser nach Waffen. Es soll dabei fünf Tote und zahlreiche Verwundete gegeben haben.

Die Antwort der Polen. Aus Berlin wird gemeldet: Durch die am 7. Februar in der Presse bekannt gegebene Mitteilung ist dem Obersten polnischen Volksrat gegenüber die Einstellung aller Verhandlungen an die Vorbedingung geknüpft worden, daß keine bewaffneten Formationen fernherhin auf reichsweitem Gebiet bleiben dürfen. Hieran ist der preussischen Regierung folgende Antwort des Obersten polnischen Volksrates gegangen: „Aus allgemeinen menschlichen Rücksichten haben wir Ihnen die Einstellung der Gewalttätigkeiten und von Repressalien, die Einstellung von Luft- und Sabotageaktionen und schließlich zur Vermeidung unnützer Mißverständnisse die Einstellung von Kampfhandlungen vorgeschlagen, haben gleichzeitig niemals den Standpunkt verlassen, daß wir der Entscheidung des Friedenskongresses nicht vorzuziehen wollen. Unsere Bewegung war ein elementarer Protest des Volkes gegen die jahrelange Unterdrückung, gegen die Nichtabrechnung von Ausnahmeverordnungen und Nichtabrechnung von kapitalistischen Verordnungen, gegen Greuel demokratischer Gewerkschaften. Während unserer Berliner Verhandlungen bewiesen wir volle Geneigtheit zum Abschluß von Waffenstillstands- und weiteren Verhandlungen. Entgegen den getroffenen Vereinbarungen machen Sie den Abschluß von Waffenruhe abhängig von der Auflösung unserer bewaffneten Formationen. Wir lehnen diese Forderung kategorisch ab. Unsere Formationen sind ein Schutz unserer Heimat gegen blutigen Grenzschutz und Heimatsverlust und eventuell Grenzschutz gegen russischen Vorstoß. Wir weisen Ihnen alle Verantwortung für ferneres Vorgehen zu und rufen die gesamte männliche Bevölkerung von Weib und Kind, Haus und Herd, auf. Oberster polnischer Volksrat, Krakau, Poszwin. — W.B. bemerkt hierzu: Diese Antwort ist ein Kabinettstück polnischer Einstellung. Wir Worten betonen die Polen immer wieder den Entscheidungen des Friedenskongresses nicht vorzuziehen zu wollen. Ihre Taten, ihre planmäßige Entfesselung und Durchführung des Auftrags stehen im schroffen Gegensatz zu diesen Worten. Die preussische Regierung hat mit ihrer Forderung nur das verlangt, was nach der klaren Rechtslage ihre selbstverständliche Pflicht war. Was die Polen zu Verhandlungen nach Berlin trieb, waren weniger Rücksichten der Menschlichkeit als vielmehr bittere wirtschaftliche Not. Sollten die polnischen Gewalthaber um ihre Macht zittern und es deshalb nicht wagen, den von preussischer Seite gewiesenen Weg zur Einstellung des Blutvergießens zu betreten.“

Schweizer Liebesgaben für Wien. Gestern vormittag langte in Wien der Schweizer Lebensmittelzug ein, der durch die Schweizer Hilfsaktion gesammelte Liebesgaben zur unentgeltlichen Verteilung an die Wiener notleidende Bevölkerung bringt. Der Zug besteht aus 28 Waggons mit tonnenweiser Milch, Schokolade, Kalas und anderen Lebensmitteln.

Roste spricht den A- und S-Räten die Kritikberechtigung ab. Der Vertreter des Bundesrats Plattes „A. S.“ hatte in Weimar eine Unterredung mit Roste, der sich zunächst über den Sozialismus und dann in folgender Weise über die Soldaten- und Arbeiterräte äußerte: „Reineschicksal werden wir erlauben, daß am demokratischen Prinzip gerüttelt wird. Der Terror ist keine politische Waffe und wir werden terroristischen Verbrechen ein Ende machen. Was die Soldatenräte angeht, so beabsichtigen wir ein System der Vertrauensleute zu schaffen, durch das das Selbstvertrauen der einzelnen Mannes gestärkt bleibt. An vielen Stellen haben Soldatenräte die Kommandogewalt an sich gerissen. Das ist in keiner Armee, auch nicht in einem Volksheer möglich, und außerdem: Aus welchen Leuten ein bestehen wird, das ist die Aufgabe der Soldatenräte! Aus Leuten, die von dem Recht, daß sie vier Monate in der Armee bleiben können, wenn sie keine Arbeit finden, Gebrauch machen, aus Leuten, die das Soldatenleben als Verleugung gegen Arbeitslosigkeit betrachten. Dieser Unfug muß abgemittelt werden. Auch Arbeiterräte haben vielfach die Macht an sich gerissen. Das war möglich, bevor die Nationalversammlung, die aus dem freiesten Wahlrecht hervorgegangen ist, zusammentrat. Jetzt aber haben wir ein Volksparlament. Jede Nebenregierung und jedes Nebenparlament ist unmöglich und muß mit aller Energie bekämpft werden. Wir sind Sozialisten, die die Forderungen der Sozialdemokratie nach bestem Wissen zu verwirklichen suchen, aber wir sind auch

Demokraten und wir werden keinesfalls zulassen, daß irgendeine politische Ueberzeugung im Lande verewaltigt wird.“

Der Leipziger A- und S-Rat gegen Roste. Der Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat veranlaßte am Sonnabend eine Sitzung. Schönberg berichtete zunächst über die Tagung der Berliner Soldatenräte, die sich in der Hauptsache mit dem Erlaß über die Kommandoabgewalt befaßt hat. Aus den Ausführungen Schönbergs sei hervorgehoben, daß sich nach seiner Meinung die Frage über die Beibehaltung oder den Abbau des Räteinstems zu einer Rechtsfrage zwischen der Regierung und den Räten aufzuheben beginnt. Ueberaus hart war die Kritik, die Schönberg an den Gardes Roste's übte. Er warf der Regierung vor, daß sie diese Truppen überhaupt nur unter ganz unglaublichen materiellen Opfern bei der Sache halten könne, daß von Disziplin in den Reihen der Roste-Truppen nicht gesprochen werden könne. Unläutere Elemente in immer größerer Anzahl machen sich unter ihnen breit und zwingen die Berliner Bürgerwehr, sich gegen die Truppen Roste's zu bewaffnen. In der Frage des Grenzschutzes begründete Schönberg die Haltung des Leipziger A- und S-Rates damit, daß er erklärte, der Grenzschutz habe, wie aus amtlichem Material hervorgehe, nicht etwa den Zweck, unsere Grenzen zu schützen, sondern sei vielmehr bestimmt, das Volkstum nach einmal zu erobern und gegen die A- und S-Räte in Deutschland vorzugehen. Schönberg rief zum Schluß in eindringender Weise die Arbeiter- und Soldatenräte auf, durch entschlossene Haltung alle Angriffe gegen das Räteinstem, das nicht abgebaut, sondern ausgebaut werden müsse, abzuwehren. In der Debatte zeigte es sich, daß die Verlesung entschieden sei, das Räteinstem auf Biegen und Brechen zu verteidigen. Zöger betonte dabei, daß man versuchen werde, es in der Verlesung zu veranlassen. Zöger kam auf die angebliche Methode der Regierung zurück, die in allen größeren Städten nach Formanden zum Einschreiten suchte. U. a. sagte er, er habe den bestimmten Entschluß gewonnen, daß in Leipzig von Teilen des Bürgertrums gelassene Subjekte provozieren sollen, um den Truppen Roste's den Vorwand zum Einschreiten in Leipzig zu schaffen. Wo solche Elemente auftreten, müsse radikallos gegen sie vorgegangen werden. Vor allem auch gegen jene Gruppe, die eine verlässliche Decke gegen Zöger selbst eingeleitet habe, der ihr als aktiverer Feind der Bolschewisten nicht in das politische Konzept passe. Wenn das Bürgertrium hier in Leipzig oder in Halle die Freiwilligkeit besitzen sollte, das Einschreiten der Roste-Truppen zu provozieren, dann werde es sich davon überzeugen müssen, daß die Arbeiterschaft Leipzigs hinter dem Räteinstem stehe. — Das Generalkommando des 19. Armeekorps Abteilung Korpsgeneralkommando teilt mit: Die Einstellung und Unterbindung der Verbetätigung für den Grenzschutz seitens des Generalkommandos hat in verschiedenen Volksteilen starkes Beirunden hervorgerufen. Das Generalkommando hebt auf dem Standpunkt, daß die Forderungen des Gewaltfriedens von Bresch-Litowsk diebstehende Unterstützung nicht finden dürfen. Solange vom Ministerium für Militärwesen Rückfragen über die Umvergebung und Garantien dafür, daß die Angeordneten tatsächlich nur für den Grenzschutz Verwendung finden, noch nicht gegeben sind, wird das Generalkommando nach wie vor auf seinem Standpunkt verharren. Maßgebend hierfür ist die Tatsache, daß die angeworbenen Freiwilligen nicht für den Grenzschutz, sondern mißbräuchlich zur Abmung des Volkstums verwendet wurden. Daß dies antritt, beweisen Protokolle, welche die Stellung des Generalkommandos voll und ganz rechtfertigen und dem Publikum zur Kenntnis gebracht werden.

Derliches und Sächsisches.

Mela, den 10. Februar 1919.
— Ergebnis der Stadtverordnetenwahlen. Die gestern hier vorgenommenen Stadtverordnetenwahlen hatten folgendes Ergebnis:

Wahlbezirk:	Stimmen für Liste		
	Scherff	Gruppelt	Rombert
Gasthof zum „Stern“	644	85	152
Ratskeller	652	30	695
Gasthof Köpfer	555	52	361
Stadt Dresden	325	23	648
Elberraste	701	53	931
Sächsischer Hof	317	18	357
	zusammen 3194	261	3144

Unültig waren 9 Stimmen. Die Zahl der Wahlberechtigten betrug 8637, gewählt haben 8608 Personen.
Das neue Kollegium dürfte sich nach dem vorliegenden vorläufigen Resultat — die amtliche Feststellung des Ergebnisses findet heute nachmittags statt — aus folgenden Parteien zusammensetzen:

Wahlvorschlag Rombert:
Alfred Rombert, Bankdirektor, Julius Weikler, Volkstretär, Karl Rende, Oberlehrer, Paul Wilhelm Keyer, Elektrizitätswerk-Direktor, Bernhard Müller, Kaufmann, Felix Soede, Kaufmann und Fabrik-Richtiger, Karl August Tröger, Bahnhofsvorsteher, Louis Schneider, Banmeister, Waldemar Köpfer, Bäckermeister, Hermann Langenfeldt, Schlossermeister.

Wahlvorschlag Scherff:
Adolf Scherff, Arbeiterleiter, Richard Richter, Geschäftsführer, Max Gummich, Lehrer, Paul Fiedler, Maschinenmeister, Richard Sander, Kassierer, Max Schneider, Schlosser, Felix Schöndufl, Geschäftsführer, Gerhard Günther, Lehrer, Vertha Schlimpert, Hausfrau, Hermann Hilgen, Schneidermeister.

Auf die Liste der Unabhängigen Sozialdemokraten entfällt kein Sitz. Gewählt sind also 10 bürgerliche und 10 sozialdemokratische Vertreter.

Wahleregebnis aus der Umgebung.
Gröba. Es entfielen Stimmen auf Liste Dannes (Mehrwahllos) 1336 (11 Sitze), Dentschel (Unabh.) 397 (3 Sitze), Riebel (Bürgerl.) 799 (6 Sitze). — Es wurden ferner gewählt in: Weida: 8 Mehrwahllos, 1 Unabh., 3 Bürgerliche; in Münsdorf: 10 Mehrwahllos, 4 Bürgerliche; in Oberzeitz: 1 Unabh., 7 Bürgerliche; in Pausitz: 5 Mehrwahllos, 3 Bürgerl.; in Wappitz: 5 Mehrwahllos, 3 Bürgerliche; in Zettlitz: 6 Mehrwahllos, 1 Unabh., 6 Bürgerliche; in Zwickau: 4 Mehrwahllos, 2 Bürgerl.

— Bericht über Volksratsitzung des A- und S-Rates am 7. 2. 1919. Wir werden um Aufnahme des nachstehenden Berichtes ersucht: Der Berichtende eröffnete 6.45 Uhr abends die Sitzung. Zu Punkt 1 der Tagesordnung erlitten die zur Landeskonferenz des A- und S-Rates nach Leipzig entandenen Vertreter eingehenden Bericht über die hattergundene Konferenz. Es wurde bekannt gegeben, daß 57 Orte circa 140 Vertreter entsandt hatten. Ueber den sonstigen Verlauf der Landeskonferenz war man recht zufrieden und schloß sich den dort gefassten Beschlüssen voll und ganz an. Da ausführliche Berichte über die Konferenz sämtlichen A- und S-Räten angeheftet werden, wird man sich in einer der nächsten Vollratsitzungen noch eingehend damit zu beschäftigen haben. In Punkt 2 der Tagesordnung — Offiziersfrage — berichtet der Berichtende, daß, nachdem der zum Kriegsminister entsandten Kommission die vom Ministerium für Sacken gälligen Erklärungen für die Offiziere mitgegeben wurden, im neuesten A. S. Blatt eine solche mit anderem, wesentlich abweichenden Wortlaut ent-